

Frankreich:

Nach tödlichem Skinhead-Angriff erheben Sozialisten Vorwürfe gegen die Opposition

Keine einzige politische Führungspersonlichkeit Frankreichs, von Staatschef Francois Hollande bis hin zur Rechtspopulistin Marine Le Pen, fehlte gestern, um den tätlichen Angriff durch Skinheads vom Vorabend zu verurteilen, bei dem ein junger Linksaktivist in den Hirntod geprügelt worden war. Einige SP-Politiker und Grüne machten allerdings die bürgerliche Opposition indirekt mitverantwortlich: so beschuldigte der Chef der SP-Parlamentarier die konservative UMP, sie habe sich bei ihrer Teilnahme an der Bewegung gegen die Homo-Ehe, aus Feigheit, von den mitziehenden rechtsradikalen Gruppen nicht distanziert und diese dadurch enthemmt.

Der 18 jährige Clément Meric, der aus der Provinz stammte und erst kürzlich im angesehenen Pariser Hochschulinstitut Sciences-Po für angehende Spitzenbeamte Aufnahme gefunden hatte, war am Mittwoch, unter noch nicht völlig geklärten Umständen, in eine erste Remperei mit einer Gruppe Skinheads bei einem Kleider-Abverkauf in der Pariser Innenstadt geraten. Danach lauerten die Skinheads Meric vor dem Laden auf und traktieren ihn mit einem Schlagring. Er stürzte und prallte mit gegen einen Pfosten.

Die Täter wurden nach einer Großfahndung der Polizei festgenommen. Innenminister Manuel Valls, der sich an den Tatort begeben hatte, sprach auch von einer Banalisierung des Hasses in Anspielung auf die Demos gegen die Homo-Ehe. Er sei, so Valls, entschlossen diese gewalttätigen Gruppen auszumerzen. Sowohl Valls als auch Präsident Hollande stellten ein Verbot rechtsradikaler Gruppen in Aussicht.

Allerdings fristeten die in Frankreich winzigen rechtsradikalen Gruppen in den letzten Jahren ein völlig bedeutungsloses Schattendasein. Attacken durch Skinheads stellen eine extreme Ausnahme dar.

DANNY LEDER, PARIS